

# Wut über 43 Jahre Unterdrückung

## Demo Rund 300 Menschen bekunden Solidarität mit den protestierenden Menschen in Iran.



Unter den rund 300 Kundgebungsteilnehmern, die vor der Lorenzkirche gegen das Mullah-Regime protestierten, waren zahlreiche Exil-Iranerinnen. (Foto: Günter Distler)

VON WOLFGANG HEILIG-ACHNECK

NÜRNBERG – „Weg, weg, weg . . . Mullah muss weg“ tönen die lautstarke Rufe über den Platz vor der Nürnberger Lorenzkirche. Und: „Nieder mit der Diktatur“ für Leben und Freiheit. Und vor allem ein Ende der systematischen Unterdrückung der Frauen im Iran. Wie schon eine Woche zuvor haben sich auch an diesem Samstag – trotz kräftigen Regens – mehr als 300 Menschen mit Schildern und Transparenten eingefunden. Die meisten sind Exil-Iraner und hatten auch deutsche Freunde mitgebracht, um ihre Anteilnahme mit den mutigen Menschen zu bekunden, die in Teheran und vielen anderen Städten für ein Ende der Ayatollah-Herrschaft kämpfen. Ähnliche Kundgebungen – mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern – gab es auch in Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Auslöser der jüngsten Protestbewegung in Iran war ein typischer Vorfall: Wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die rigiden Kleidervorschriften für Frauen war die 22-jährige Masha Amini von Sittenwächtern festgenommen worden. Die junge Kurdin fiel, vermutlich nach Misshandlungen durch die Moralkontrollleure, drei Tage ins Koma und starb am 16. September im Krankenhaus. Das Regime behauptet zwar, sie sei einer Herzschwäche erlegen, doch breite Teile der Bevölkerung halten das für vorge-schoben und sehen die junge Frau als offenkundiges Opfer brutaler Willkür und Gewalt.

Seither verbrennen Abertausende von Frauen aus Wut und Solidarität ihre Schleier (Hijab) und schneiden sich in der Öffentlichkeit die Haare ab. Dabei wäre es mit einer Abschaffung der Kleidervorschriften nicht getan; längst ist die zentrale Forderung ein Ende der islamistischen Terrorherrschaft. „Es geht um 43 Jahre Unterdrückung, Korruption, Repressalien und vieles mehr“, sagt Maede Soltani.

Die in Nürnberg lebende Tochter des Nürnberger Menschenrechtspreisträgers von 2009, Abdolfattah Soltani, ist mit den Verhältnissen und Vorgängen in Iran besonders gut vertraut, konnte aber selbst nicht an der Kundgebung teilnehmen. Das Regime geißelt die Demonstrierenden als „vom Ausland gesteuerte Randalierer“ – was die Unzufriedenheit im Land nur zusätzlich schürt. Zumal immer mehr Bürger von den Ressourcen und Wertschöpfungsketten, die von Hardlinern im Land kontrolliert werden, abgekoppelt werden.

„Wir fühlen uns den Menschen in Iran spätestens seit der Verleihung des Menschenrechtspreises an Abdolfattah Soltani eng verbunden und verfolgen die Misshandlungen mit großer Sorge“, teilte Oberbürgermeister Marcus König (CSU) in einer schriftlichen Botschaft mit, die verlesen wurde. Das Schikanieren von Millionen Frauen sei eine eklatante Verletzung von „unverhandelbaren“ Menschenrechten – was keinesfalls als „inneriranische Angelegenheit“ durchgehe. Das werde er auch in einem Protestschreiben an die iranische Botschaft in Berlin unterstreichen.

Zur Solidarität riefen auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich und die Landtagsabgeordnete Verena Osgyan von Bündnis 90/Die Grünen auf. „Im Iran setzen die Menschen ihr Leben aufs Spiel, wenn sie die elementarsten Rechte einfordern – ich verneige mich vor ihnen und ihrem Mut“, betonte die Grünen-Politikerin. Frauenrechte seien weltweit ein Indikator für Menschenrechte – und auch deshalb sei gerade hier eine „feministische Außenpolitik“, wie sie Außenministerin Annalena Baerbock angekündigt hatte, mehr als angebracht.

Die Wut reiche offenkundig tief, stellte Gabriela Heinrich fest, während Kundgebungsteilnehmer auf Schildern und Tafeln Bilder von Masha Amiri schwenkten. Im Kern gehe es um Kontrolle – einerseits über Frauen, ihren Körper und ihre Selbstbestimmung, aber letztlich der ganzen Gesellschaft. „Es ist der Überlebenskampf eines Systems, das sich überlebt hat, und des Patriarchats.“ Deshalb seien Sanktionen angebracht, schließlich ist Deutschland einer der wichtigsten Handelspartner. Leben in Frieden und Sicherheit könne es ohne Freiheit und Menschenrechte nicht geben, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag mit Schwerpunkten bei Außenpolitik und Menschenrechten.

---